

**Vorlage Nr. 25/2023
zu TOP 03
der Sitzung am 17.04.2024**

Gemeindeverwaltungsverband Oberes Zabergäu
Neufassung der Verbandssatzung

Anlage 1: Neufassung Satzung GVV

Sachverhalt:

Die Satzung des Gemeindeverwaltungsverbands Oberes Zabergäu wurde am 13.12.1999 neugefasst und die 1. Änderung der Satzung wurde am 22.01.2002 beschlossen.

Aufgrund der umfassenden Änderungen in den Abrechnungsweisen der Umlagen und diversen Feststellungen im letzten GPA-Prüfungsbericht, wird eine Satzungsneufassung notwendig. Bevor die Verbandsversammlung des GVV die Neufassung beschließen kann, müssen die Gemeinderäte der einzelnen Mitgliedskommunen zustimmen.

Mit der Umstellung des GVV Oberes Zabergäu von der Kameralistik auf das Neue Kommunale Haushaltsrecht (NKHR) ab 01.01.2017 ist eine Umstellung von der sogenannten „Ein-Komponenten-Rechnung“ (Mittelzufluss- und abflusprinzip) auf die sogenannte „Drei-Komponenten-Rechnung“ (Bilanz, Ergebnis- und Finanzrechnung) verbunden.

Aus diesem Grund reichen die bisherigen Finanzierungsstrukturen (Betriebskostenumlage zur Deckung der laufenden Ausgaben und Investitionsumlage zur Deckung investiver Ausgaben) nicht mehr aus.

In Vorgesprächen der Verbandsverwaltung mit den Mitgliedskommunen fand dahingehend eine Einigung statt, dass die Umlagenfinanzierung künftig anders gehandhabt werden soll.

Da die Jahresabschlüsse des Gemeindeverwaltungsverbandes ab den Jahren 2017 noch nicht vorliegen, haben sich die Mitgliedskommunen auf eine rückwirkende Änderung der Umlagenfinanzierung geeinigt. Durch die rückwirkende Änderung der Umlagenfinanzierung muss auch die Verbandssatzung rückwirkend zum 01.01.2017 neugefasst werden.

Entsprechend der Handreichung der kommunalen Spitzenverbände zur Vermögens- und Umlagefinanzierung von Zweckverbänden und Gemeindeverwaltungsverbänden in der Kommunalen Doppik wurden die Anpassungen der satzungsrechtlichen Vorschriften durchgeführt.

Änderungen ergeben sich bei den nachfolgenden folgenden Paragraphen:

das nachfolgend **fett** gedruckte wird neu eingefügt.

	Verbandssatzung – neue Fassung	Verbandssatzung – alte Fassung
§ 2 Abs. 2 Aufgaben des Verbandes	§ 2 Abs. 2 Nr. 2 entspricht nun § 2 Abs. 2 Nr. 2 e)	§ 2 Abs. 2 Nr. 1 und 3 entfallen ersatzlos
§ 2 Abs. 2 a) Weitere Erfüllungsaufgaben	aa) Der Verband ist Schulträger im Sinne des § 28 Abs. 1 des Schulgesetzes vom 01.08.1983 (GBl. 1983, Seite 325) in der jeweiligen Fassung für die Werkrealschule. Die sachlichen Voraussetzungen für die Erteilung des Unterrichts wurde durch Errichtung des neuen	Der Verband ist Schulträger im Sinne des § 28 Abs. 1 des Schulgesetzes vom 01.08.1983 (GBl. 1983, Seite 325) in der jeweiligen Fassung für die Hauptschule mit Werkrealschule. Die sachlichen Voraussetzungen für die Erteilung des Unterrichts wurde durch Errichtung des neuen

	Verbandsschulgebäudes in Güglingen geschaffen, welches vom Verband unterhalten wird. Zusätzlich wird als Aufgabe die Schulsozialarbeit in an der Werkrealschule von dem Verband übernommen. bb) Der Verband übernimmt an den Grundschulen in den Mitgliedsgemeinden Pfaffenhofen und Zaberfeld die Schulsozialarbeit.	Verbandsschulgebäudes in Güglingen geschaffen, welches vom Verband unterhalten wird.
§ 2 Abs. 2 b) Weitere Erfüllungsaufgaben	Das im Verbandsgebiet anfallende Abwasser wird gemeinsam abgeführt und gereinigt. Zu diesem Zweck erstellt, betreibt, unterhält und erneuert der Verband für das Verbandsgebiet, den Stadtteil Brackenheim-Stockheim und das Gebiet des Zweckverbandes Wirtschaftsförderung Zabergäu die erforderlichen Zuleitungen, die Kläranlage, die Regenüberlaufbecken und die Regenüberläufe mit allen weiteren hierzu erforderlichen Anlagen auf den jeweiligen Markungen. Die Abgabenhöhe verbleibt bei den Mitgliedsgemeinden, bzw. der Stadt Brackenheim und dem Zweckverband Wirtschaftsförderung Zabergäu. Der Verband wird lediglich mit der Erhebung von Benutzungsgebühren für angelieferten Klärschlamm aus den Verbandsgemeinden in deren Namen beauftragt.	Das im Verbandsgebiet anfallende Abwasser gemeinsam abzuführen und zu reinigen. Zu diesem Zweck erstellt, betreibt, unterhält und erneuert der Verband für das Verbandsgebiet, den Stadtteil Brackenheim-Stockheim und das Gebiet des Zweckverbandes Wirtschaftsförderung Zabergäu die erforderlichen Zuleitungen, die Kläranlage, die Regenüberlaufbecken mit allen weiteren hierzu erforderlichen Anlagen auf den jeweiligen Markungen. Die Abgabenhöhe verbleibt bei den Mitgliedsgemeinden, bzw. der Stadt Brackenheim und des Zweckverbandes Wirtschaftsförderung Zabergäu.
§ 2 Abs. 2 d) (alte Fassung)	-	<i>Entfällt ersatzlos:</i> Das Archivgut der Mitgliedsgemeinden zu ordnen. Zu diesem Zweck beschäftigt der Verband einen Archivar.
§ 2 Abs. 2 d)	Der Verband beschäftigt für Aufgaben des Klimaschutzes und zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes in den Verbandsgemeinden einen Klimaschutzmanager.	-
§ 2 Abs. 2 e)	Die Planung, Bauleitplanung und örtliche Bauaufsicht bei den Vorhaben des Hoch- und Tiefbaus für Einrichtungen des Verbands.	<i>Ehemals § 2 Abs. 2 Nr. 2:</i> Die Planung, Bauleitplanung und örtliche Bauaufsicht bei den Vorhaben des Hoch- und Tiefbaus.
§ 5 Abs. 3 Verbandsversammlung	Jede Mitgliedsgemeinde hat so viele Stimmen wie Vertreter in der Verbandsversammlung. Die Stimmen jeder Mitgliedsgemeinde können nur einheitlich abgegeben werden.	-
§ 6 Abs. 2 Aufgaben der Verbandsversammlung	Nr. 5 den Beschluss der Haushaltssatzung inkl. des Haushaltsplanes einschließlich der Festsetzung von sämtlichen Umlagen	Nr. 5 den Erlass der Haushaltssatzung einschließlich der Festsetzung von Kapitalumlagen, Verwaltungs- und Betriebskostenumlagen und der Feststellung des Haushaltsplanes.
	-	<i>Entfällt ersatzlos</i> <i>6. Wahl des Kassenverwalters</i>
	6. die Feststellung des Jahresabschlusses	7. die Feststellung der Jahresrechnung
	11. die Entscheidung über die Ernennung, Einstellung, Entlassung und sonstige personalrechtlichen Entscheidungen der Beamten und Angestellten ab Entgeltgruppe 9 TVöD,	12. die Entscheidung über die Ernennung, Einstellung, Entlassung und sonstige personalrechtlichen Entscheidungen der Beamten und Angestellten der Vergütungsgruppen BAT V1b bis I,
	12. Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln von mehr als 20.000 EURO im Einzelfall,	13. Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln von mehr als 15.000 EURO im Einzelfall,
	13. Sachentscheidung über die Anschaffung, Herstellung oder Veräußerung von	14. Sachentscheidung über die Anschaffung, Herstellung oder Veräußerung von

	Vermögensgegenständen und beweglichen Sachen bei einem Wert von mehr als 20.000 EURO,	Vermögensgegenständen und beweglichen Sachen bei einem Wert von mehr als 15.000 EURO,
	14. Abschluss von Miet- und Pachtverträgen, sowie sonstige laufende Verträge von einem Jahresbetrag ab 20.000 EURO im Einzelfall,	15. Abschluss von Miet- und Pachtverträgen, sowie sonstige laufende Verträge von einem Jahresbetrag ab 5.000 EURO im Einzelfall,
	15. Abschluss von Dienstverträgen, bei Gegenleistungen von mehr als 20.000 EURO, sowie die Beauftragung von Architekten und Ingenieuren, wenn die Gegenleistung mehr als 20.000 EURO beträgt,	16. Abschluss von Dienstverträgen, bei Gegenleistungen von mehr als 5.000 EURO, sowie die Beauftragung von Architekten und Ingenieuren, wenn die Gegenleistung mehr als 15.000 EURO beträgt,
	16. Bewilligung von über- und außerplanmäßigen Auszahlung von mehr als 4.000 EURO; Bewilligung von im Haushaltsplan nicht einzeln ausgewiesenen Freigiebigkeitsleistungen von mehr als 500 EURO,	17. Bewilligung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben von mehr als 1.500 EURO; Bewilligung von im Haushaltsplan nicht einzeln ausgewiesenen Freigiebigkeitsleistungen von mehr als 500 EURO,
§ 10 Abs. 2 Wirtschaftsführung	-	<i>Ehemals Abs. 2 entfällt ersatzlos: Die Führung der Verbandskasse wird einem Kassenverwalter übertragen.</i>
	Der Verband kann eigenes Personal beschäftigen. Soweit der Verband kein eigenes Personal beschäftigt, kann er sich zur Erfüllung bestimmter ihm nach § 2 obliegender Aufgaben auch geeigneter Bediensteter und sächlicher Verwaltungsmittel seiner Mitgliedsgemeinden bedienen. Für die geleisteten Stunden wird eine Entschädigung gezahlt. Die Stundensätze bemessen sich nach den jeweils gültigen Sätzen der VwV Kostenfestlegung. Das Nähere zur Verwaltungsleihe regelt eine Vereinbarung zwischen dem Verband und der jeweiligen Mitgliedsgemeinde in seiner aktuellsten Fassung.	Der Verband kann sich zur Erfüllung bestimmter ihm nach § 2 obliegender Aufgaben auch geeigneter Bediensteter und sächlicher Verwaltungsmittel der Stadt Güglingen bedienen. Das Nähere regelt eine Vereinbarung zwischen dem Verband und der Stadt Güglingen.
§ 10 Abs. 3 Wirtschaftsführung	Verletzt ein Bediensteter in Ausübung einer Verbandsaufgabe nach § 2 Abs. 2 und 3 die einem Dritten gegenüber obliegende Verpflichtung, so haftet der Verband.	Verletzt ein Bediensteter in Ausübung einer Verbandsaufgabe nach § 2 Abs. 3 und 4 die einem Dritten gegenüber obliegende Verpflichtung, so haftet der Verband.
§ 13 Abs. 1 Betriebskostenumlage	Der durch den laufenden Betrieb der Verbandseinrichtungen nicht durch Erträge gedeckte Zahlungsmittelbedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit wird durch eine Betriebskostenumlage aufgebracht. Abrechnungszeitraum ist das Haushaltsjahr.	Die durch den laufenden Betrieb von Verbandseinrichtungen und durch die Verbandsverwaltung entstehenden Aufwendungen (Aufgaben des Verwaltungshaushalts) werden, soweit sie nicht durch Betriebseinnahmen gedeckt sind, durch eine Verwaltungs- und Betriebskostenumlage aufgebracht. Abrechnungszeitraum ist das Haushaltsjahr.
§ 13 Abs. 2	Die Betriebskosten werden nach den folgenden Schlüsseln umgelegt:	Die Verwaltungs- und Betriebskosten werden nach folgenden Schlüsseln umgelegt:
§ 13 Abs. 2 Nr. 1	Für die Aufgabe nach § 2 Abs. 2 Ziffer 1b (Straßenbaulast für Gemeindeverbindungsstraßen) sind Kostenträger diejenigen Mitgliedsgemeinden, auf deren Markung die Aufwendungen anfallen.	Nr. 1 Für die Aufgabe nach § 2 Abs. 3 Ziffer 1b sind Kostenträger diejenigen Mitgliedsgemeinden, auf deren Markung die Aufwendungen anfallen.
§ 13 Abs. 2 Nr. 2	Für die Aufgaben nach § 2 Abs. 2 Ziffer 1a (vorbereitende Bauleitplanung), nach § 2 Abs. 2 Ziffer 2d (Klimaschutz) sowie Aufwendungen der inneren Verwaltung	Nr. 2 Für die Aufgaben nach § 2 Abs. 3 Ziffer 1a (vorbereitende Bauleitplanung) sowie Aufwendungen der allgemeinen Verwaltung nach dem Verhältnis der nach

	nach dem Verhältnis der nach § 143 GemO maßgebenden Einwohnerzahlen.	§ 143 GO maßgebenden Einwohnerzahlen.												
§ 13 Abs. 2 Nr. 3	Für die Aufgaben nach § 2 Abs. 2 Ziffer 2b (Abwasserreinigung und Abwasserbeseitigung) nach dem Verhältnis der abgerechneten Abwassermengen des jeweils zuletzt abgerechneten Abrechnungszeitraumes. Umgelegt wird der Zahlungsmittelbedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit.	Nr. 2.1 Für die Aufgaben der Abwasserreinigung nach dem Verhältnis der abgerechneten Abwassermengen des jeweils zuletzt abgerechneten Abrechnungszeitraumes. Umgelegt wird der nicht durch anderweitige Einnahmen gedeckte Aufwand.												
§ 13 Abs. 2 Nr. 4	Die Zinsen werden wie folgt aufgeteilt: a) Kassenkreditzinsen und sonstige allg. Finanzausgaben, soweit sie nicht nach § 15 Abs. 3 umgelegt werden können, nach dem Verhältnis der nach § 143 GemO maßgebenden Einwohnerzahlen. b) Für Kreditzinsen gelten die Regelungen in § 14 Abs. 5.	Nr. 2.2 Die Zinsen werden wie folgt aufgeteilt: a) Kassenkreditzinsen und sonstige allg. Finanzausgaben, soweit sie nicht nach § 15 Abs. 3 umgelegt werden können, nach dem Verhältnis der nach § 143 GO maßgebenden Einwohnerzahlen. Während der Bauphase der Sanierung/Erweiterung der Kläranlage Obere Zaber (ab 1.1.1998 bis 31.12. des Jahres in dem die Abrechnung von der Verbandsversammlung anerkannt wird) werden die Kassenkreditzinsen gem. § 14 Abs. 2 Ziffer 3 ac) umgelegt. b) Für Darlehenszinsen gelten die Regelungen in § 14 Abs. 5.												
§ 13 Abs. 2 Nr. 5	Das Betreiben , die Reinigung und die Unterhaltung der Regenüberläufe und Regenüberlaufbecken nach § 2 Abs. 2 Ziffer 2b werden vom Verband getragen und nach dem folgenden Schlüssel umgelegt: <table style="margin-left: 20px;"> <tr> <td>Güglingen</td> <td>36,4 %</td> </tr> <tr> <td>Pfaffenhofen</td> <td>11,0 %</td> </tr> <tr> <td>Zaberfeld</td> <td>30,0 %</td> </tr> <tr> <td>GVV</td> <td>6,7 %</td> </tr> <tr> <td>Brackenheim</td> <td>5,3 %</td> </tr> <tr> <td>ZWZ</td> <td>10,6 %</td> </tr> </table> Dies gilt nicht für das gemeinsame Regenüberlaufbecken und den Regenüberlauf vor der Kläranlage. Die Kosten hierfür werden entsprechend Ziffer 3 aufgeteilt.	Güglingen	36,4 %	Pfaffenhofen	11,0 %	Zaberfeld	30,0 %	GVV	6,7 %	Brackenheim	5,3 %	ZWZ	10,6 %	Nr. 2.3 Die Kosten für die Reinigung und Unterhaltung der Regenüberlaufbecken werden von den Gemeinden getragen, auf deren Markung die Regenüberlaufbecken erstellt sind. Dies gilt nicht für das gemeinsame Regenüberlaufbecken vor der Kläranlage. Die Kosten hierfür werden entsprechend Ziffer 2.1 aufgeteilt.
Güglingen	36,4 %													
Pfaffenhofen	11,0 %													
Zaberfeld	30,0 %													
GVV	6,7 %													
Brackenheim	5,3 %													
ZWZ	10,6 %													
§ 13 Abs. 2 Nr. 6	Für die Aufgaben nach § 2 Abs. 2 Ziffer 2a aa) (Werkrealschule inkl. Schulsozialarbeit) nach Zahl der Schüler der amtlichen Schulstatistik des vorangegangenen Jahres.	Nr. 3 Für die Aufgaben nach § 2 Abs. 3 Ziffer 2a (Schule) nach Zahl der Schüler der amtlichen Schulstatistik des vorangegangenen Jahres.												
§ 13 Abs. 2 Nr. 7	Für die Aufgabe nach § 2 Abs. 2 Ziffer 2a bb) (Schulsozialarbeit in den Grundschulen) zu 2/3 die Gemeinde Zaberfeld und zu 1/3 die Gemeinde Pfaffenhofen.	-												
§ 13 Abs. 2 Nr. 8	Für die Aufgaben nach § 2 Abs. 2 Ziffer 2c (Naherholungsbereich Katzenbach) je 45% durch die Gemeinden Zaberfeld und Pfaffenhofen und 10% durch die Stadt Güglingen.	Nr. 4 Für die Aufgaben nach § 2 Abs. 3 Ziffer 2b (Naherholungsbereich Katzenbach) je 45% durch die Gemeinden Zaberfeld und Pfaffenhofen und 10% durch die Stadt Güglingen.												
§ 13 Abs. 2 Nr. 9	Für die Wahrnehmung von Aufgaben nach § 2 Abs. 2 Ziffer 2e gilt je nach betroffenem Bereich der jeweilige Umlageschlüssel.	-												
	<i>Entfällt ersatzlos</i>	Nr. 5 Für die Aufgaben nach § 2 Abs. 3 Ziffer 2d (gemeinsamer Archivar) nach der Anzahl der in Anspruch genommenen Stunden												

<p>§ 14 Abs. 1 Investitionskostenumlage, Abschreibungsumlage, Tilgungsumlage</p>	<p>Die Auszahlungen des Verbandes für Investitionen, Investitionsförderungsmaßnahmen und Erwerb oder Erneuerung von Vermögensgegenständen (Auszahlungen des Finanzhaushalts aus Investitionstätigkeit) werden, soweit sie nicht durch Zuschüsse Zuwendungen, Kredite oder durch sonstige Einnahmen gedeckt werden (= Zahlungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit), grundsätzlich durch eine Investitionskostenumlage aufgebracht. Abrechnungszeitraum ist das Haushaltsjahr.</p>	<p>Die Aufwendungen des Verbandes für Investitionen, Investitionsförderungsmaßnahmen und Erwerb oder Erneuerung von Vermögensgegenständen (Ausgaben des Vermögenshaushalts) werden, soweit sie nicht Staatsbeiträge, Zuschüsse, Beiträge und Beteiligungen Dritter oder durch sonstige Einnahmen gedeckt werden, grundsätzlich durch eine Kapitalumlage aufgebracht.</p>						
<p>§ 14 Abs. 2</p>	<p>Die erhobenen Investitionskostenumlagen werden beim Verband als Kapitalrücklage passiviert.</p>	<p>-</p>						
<p>§ 14 Abs. 3</p>	<p>Für die nicht durch Auflösung von Sonderposten gedeckten Abschreibungen wird eine weitere Umlage (Netto-Abschreibungsumlage-Umlage) erhoben.</p>	<p>-</p>						
<p>§ 14 Abs. 4</p>	<p>Übersteigen die Tilgungszahlungen des Verbands die Netto-Abschreibungsumlage (nach § 14 Abs. 3), wird eine zusätzliche Tilgungsumlage in Höhe der nicht durch die Netto-Abschreibungsumlage gedeckten Tilgungszahlungen erhoben.</p>	<p>-</p>						
<p>§ 14 Abs. 5</p>	<p>Die Investitionsausgaben werden nach den folgenden Schlüsseln verteilt:</p>	<p><i>Ehemals Abs. 2:</i> Die Investitionskosten werden nach folgenden Schlüsseln umgelegt:</p>						
<p>§ 14 Abs. 5 Nr. 1</p>	<p>Für die Aufgaben nach § 2 Abs. 2 Ziffer 1b (Straßenbaulast für Gemeindeverbindungsstraßen) sind die Kostenträger diejenigen Mitgliedsgemeinden, auf deren Gemarkung die Ausgaben anfallen.</p>	<p>1. für die Aufgaben nach § 2 Abs. 3 Ziffer 1b sind die Kostenträger diejenigen Mitgliedsgemeinden, auf deren Gemarkung die Aufwendungen anfallen.</p>						
<p>§ 14 Abs. 5 Nr. 2</p>	<p>Für die Ausgaben nach § 2 Abs. 2 Ziffer 1a (vorbereitende Bauleitplanung), § 2 Abs. 2 Ziffer 2 e (Klimaschutz) sowie für die Ausgaben der inneren Verwaltung (Teilhaushalt I des Haushaltsplanes) nach dem Verhältnis der nach § 143 GemO maßgebenden Einwohnerzahl.</p>	<p>Für die Aufwendungen nach § 2 Abs. 3 Ziffer 1a sowie für die Aufwendungen der allgemeinen Verwaltung (Einzelplan 0 des Haushaltsplanes) nach dem Verhältnis der nach § 143 GO maßgebenden Einwohnerzahl.</p>						
<p>§ 14 Abs. 5 Nr. 3a</p>	<p>Für die Aufgaben nach § 2 Abs. 2 Ziffer 2a aa) (Werkrealschule inkl. Schulsozialarbeit) nach dem Durchschnitt der Schülerzahlen in den Jahren 1998-2022. Der feste Umlageschlüssel stellt sich wie folgt dar:</p> <table border="0" data-bbox="416 1713 718 1803"> <tr> <td>Güglingen</td> <td>49,0 %</td> </tr> <tr> <td>Pfaffenhofen</td> <td>21,0 %</td> </tr> <tr> <td>Zaberfeld</td> <td>30,0 %</td> </tr> </table>	Güglingen	49,0 %	Pfaffenhofen	21,0 %	Zaberfeld	30,0 %	<p>2. Für die Aufgaben nach § 2 Abs. 3 Ziffer 2a (Schule) nach der Zunahme der Schülerzahlen, soweit deswegen neue Investitionen erforderlich werden. Die Zunahme ergibt sich aus der Gegenüberstellung der für die Kostenverteilung bei den letzten Erweiterungsinvestitionen maßgebenden Schülerzahlen und der nach der Bevölkerungsentwicklung zu erwartenden Schülerzahlen 5 Jahre nach der Veranschlagung der neuen Maßnahme im Haushaltsplan.</p> <p>Bei anderen Investitionen zu Erfüllung der Aufgaben nach § 2 Abs. 3 Ziffer 2a ist der Umlageschlüssel der Durchschnitt der Schülerzahlen in den beiden letzten Jahren vor der Veranschlagung der Investitionsmaßnahme</p>
Güglingen	49,0 %							
Pfaffenhofen	21,0 %							
Zaberfeld	30,0 %							

§ 14 Abs. 5 Nr. 3b	Für die Aufgaben nach § 2 Abs. 2 Ziffer 2a bb) (Schulsozialarbeit Grundschule Zaberfeld und Pfaffenhofen ist der Umlageschlüssel 2/3 zu 1/3.	-																																				
§ 14 Abs. 5 Nr. 4	Für Aufgaben nach § 2 Abs. 2 Ziffer 2b (Abwasserreinigung) und sonstige mit der Abwasserbeseitigung zusammenhängenden Investitionskosten:	Für Aufgaben nach § 2 Abs. 2 Ziffer 2 b (Abwasserreinigung) und sonstige mit der Abwasserbeseitigung zusammenhängenden Investitionskosten:																																				
		<i>Nr. 3 aa, ab, ac, b entfallen ersatzlos</i>																																				
§ 14 Abs. 5 Nr. 4 a	Sind nicht alle Gemeinden an einer konkreten Investition beteiligt, bzw. ziehen ihren Nutzen daraus, werden die Kosten unter Weglassung der Anteile der nicht betroffenen Gemeinden auf der Basis der Anteile aus Ziffer 4b auf die betroffenen Gemeinden hochgerechnet.	Nr. 3 c) Sind nicht alle Gemeinden an einer konkreten Investition beteiligt, bzw. ziehen ihren Nutzen daraus, werden die Kosten unter Weglassung der Anteile der nicht betroffenen Gemeinden auf der Basis der Anteile aus Ziffer 3 a) auf die betroffenen Gemeinden hochgerechnet.																																				
§ 14 Abs. 5 Nr. 4 b	Für investive Maßnahmen (mit Ausnahme von Erweiterungen der Einrichtungen aufgrund von erhöhtem Abwasseranfall) der bestehenden sowie der weiteren gemeinsamen Einrichtungen sind von den Gemeinden wie nachfolgend dargestellt zu tragen: <table border="0"> <tr><td>Güglingen</td><td>9.200 EGW</td><td>47,3 %</td></tr> <tr><td>Pfaffenhofen</td><td>3.080 EGW</td><td>15,8 %</td></tr> <tr><td>Zaberfeld</td><td>4.950 EGW</td><td>25,3 %</td></tr> <tr><td>Brackenheim</td><td>1.120 EGW</td><td>5,8 %</td></tr> <tr><td>ZWZ</td><td>1.320 EGW</td><td>5,8 %</td></tr> <tr><td>Gesamt</td><td>19.470 EGW</td><td>100 %</td></tr> </table>	Güglingen	9.200 EGW	47,3 %	Pfaffenhofen	3.080 EGW	15,8 %	Zaberfeld	4.950 EGW	25,3 %	Brackenheim	1.120 EGW	5,8 %	ZWZ	1.320 EGW	5,8 %	Gesamt	19.470 EGW	100 %	Nr. 3 d) Die Kosten für die Erweiterung der bestehenden Verbandsanlagen sind von den Gemeinden zu tragen, durch deren erhöhten Abwasseranfall die Erweiterung notwendig wird. Die Kosten sind in dem Verhältnis auf die einzelnen Gemeinden umzulegen, das der Zunahme der jeweiligen Einwohnergleichwerte entspricht. Dabei ist von folgenden Einwohnergleichwerten auszugehen: <table border="0"> <tr><td>Güglingen</td><td>9.200 EGW</td><td>47,3 %</td></tr> <tr><td>Pfaffenhofen</td><td>3.080 EGW</td><td>15,8 %</td></tr> <tr><td>Zaberfeld</td><td>4.950 EGW</td><td>25,3 %</td></tr> <tr><td>Stockheim</td><td>1.120 EGW</td><td>5,8 %</td></tr> <tr><td>ZWZ</td><td>1.320 EGW</td><td>5,8 %</td></tr> <tr><td>Gesamt</td><td>19.470 EGW</td><td>100 %</td></tr> </table>	Güglingen	9.200 EGW	47,3 %	Pfaffenhofen	3.080 EGW	15,8 %	Zaberfeld	4.950 EGW	25,3 %	Stockheim	1.120 EGW	5,8 %	ZWZ	1.320 EGW	5,8 %	Gesamt	19.470 EGW	100 %
Güglingen	9.200 EGW	47,3 %																																				
Pfaffenhofen	3.080 EGW	15,8 %																																				
Zaberfeld	4.950 EGW	25,3 %																																				
Brackenheim	1.120 EGW	5,8 %																																				
ZWZ	1.320 EGW	5,8 %																																				
Gesamt	19.470 EGW	100 %																																				
Güglingen	9.200 EGW	47,3 %																																				
Pfaffenhofen	3.080 EGW	15,8 %																																				
Zaberfeld	4.950 EGW	25,3 %																																				
Stockheim	1.120 EGW	5,8 %																																				
ZWZ	1.320 EGW	5,8 %																																				
Gesamt	19.470 EGW	100 %																																				
§ 14 Abs. 5 Nr. 4 c	Für Erweiterungen der Einrichtungen aufgrund von erhöhtem Abwasseranfall sind die Kosten von den Gemeinden zu tragen, durch deren erhöhte Abwasseranfall die Erweiterung notwendig wird. Die Kosten sind in dem Verhältnis auf die einzelnen Gemeinden umzulegen, das der Zunahme der jeweiligen Einwohnergleichwerte entspricht. Dabei ist von folgenden Einwohnergleichwerten auszugehen: <table border="0"> <tr><td>Güglingen</td><td>9.200 EGW</td><td>47,3 %</td></tr> <tr><td>Pfaffenhofen</td><td>3.080 EGW</td><td>15,8 %</td></tr> <tr><td>Zaberfeld</td><td>4.950 EGW</td><td>25,3 %</td></tr> <tr><td>Brackenheim</td><td>1.120 EGW</td><td>5,8 %</td></tr> <tr><td>ZWZ</td><td>1.320 EGW</td><td>5,8 %</td></tr> <tr><td>Gesamt</td><td>19.470 EGW</td><td>100 %</td></tr> </table> Die Zunahme der Einwohnergleichwerte wird bei Baubeginn der jeweiligen Erweiterungsmaßnahme ermittelt und von der Verbandsversammlung beschlossen. Das Nähere wird jeweils durch den Beschluss der Verbandsversammlung geregelt.	Güglingen	9.200 EGW	47,3 %	Pfaffenhofen	3.080 EGW	15,8 %	Zaberfeld	4.950 EGW	25,3 %	Brackenheim	1.120 EGW	5,8 %	ZWZ	1.320 EGW	5,8 %	Gesamt	19.470 EGW	100 %	Die Zunahme der Einwohnergleichwerte wird bei Baubeginn der jeweiligen Erweiterungsmaßnahme ermittelt und von der Verbandsversammlung beschlossen. Das Nähere wird jeweils durch den Beschluss der Verbandsversammlung geregelt. <i>Entfällt ersatzlos: Diese Regelung ist für Erweiterungen der Kläranlage anzuwenden, die nach Abschluß der Erweiterung/Sanierung Kläranlage Planung SAG vom Juni 1995 erforderlich werden.</i>																		
Güglingen	9.200 EGW	47,3 %																																				
Pfaffenhofen	3.080 EGW	15,8 %																																				
Zaberfeld	4.950 EGW	25,3 %																																				
Brackenheim	1.120 EGW	5,8 %																																				
ZWZ	1.320 EGW	5,8 %																																				
Gesamt	19.470 EGW	100 %																																				
§ 14 Abs. 5 Nr. 5	Kosten für Investitionen der Regenüberläufe und Regenüberlaufbecken nach § 2 Abs. 2 Ziffer 2b werden vom Verband getragen und nach folgendem Schlüssel umgelegt: <table border="0"> <tr><td>Güglingen</td><td>36,4 %</td></tr> <tr><td>Pfaffenhofen</td><td>11,0 %</td></tr> <tr><td>Zaberfeld</td><td>30,0 %</td></tr> <tr><td>GVV</td><td>6,7 %</td></tr> </table>	Güglingen	36,4 %	Pfaffenhofen	11,0 %	Zaberfeld	30,0 %	GVV	6,7 %	-																												
Güglingen	36,4 %																																					
Pfaffenhofen	11,0 %																																					
Zaberfeld	30,0 %																																					
GVV	6,7 %																																					

	<p>Brackenheim 5,3 % ZWZ 10,6 %</p> <p>Dies gilt nicht für das gemeinsame Regenüberlaufbecken und den Regenüberlauf vor der Kläranlage. Die Kosten hierfür werden entsprechend § 14 Abs. 5 Ziffer 4b aufgeteilt.</p>	
§ 14 Abs. 5 Nr. 6	Für Aufgaben nach § 2 Abs. 2 Ziffer 2 c (Naherholung Katzenbach) zu je 45 % durch die Gemeinden Zaberfeld und Pfaffenhofen und zu 10 % durch die Stadt Güglingen.	Nr. 4 Für Aufgaben nach § 2 Abs. 3 Ziffer 2 c (Naherholung Katzenbach) zu je 45 % durch die Gemeinden Zaberfeld und Pfaffenhofen und zu 10 % durch die Stadt Güglingen.
§ 14 Abs. 6	<p>Der Verband hat die Möglichkeit zur Finanzierung von für Investitionen, Investitionsförderungsmaßnahmen und Erwerb oder Erneuerung von Vermögensgegenständen (den Zahlungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit) Kredite aufzunehmen.</p> <p>Abweichend vom Grundsatz der Gesamtdeckung werden die Kredite durch Beschluss der Verbandsversammlung konkreten Maßnahmen zugeordnet. Die jährlich anfallenden Zins- und Tilgungsleistungen des Verbandes werden auf die Verbandsmitglieder, die Stadt Brackenheim-Stockheim und den Zweckverband Wirtschaftsförderung Zabergäu (abhängig von der konkreten Maßnahme) umgelegt.</p> <p>Die Verteilung der Zins- und Tilgungsleistungen erfolgt in dem Verhältnis, wie die Verbandsmitglieder, die Stadt Brackenheim-Stockheim und der Zweckverband Wirtschaftsförderung Zabergäu an den Investitionen (vgl. § 14 Abs. 5 Ziffer 1 - 6) beteiligt sind.</p> <p>Einzahlungen, die sich den einzelnen Verbandsgemeinden, der Stadt Brackenheim-Stockheim und dem Zweckverband Wirtschaftsförderung Zabergäu direkt zuordnen lassen und zweckgebunden sind, werden vor Ermittlung des Verteilerschlüssels von den anteiligen Investitionskosten der jeweiligen Körperschaft abgesetzt.</p> <p>Die Verbandsmitglieder, die Stadt Brackenheim-Stockheim und der Zweckverband Wirtschaftsförderung Zabergäu haben das Recht, den auf sie entfallenden Anteil an den aufgenommenen Kredite im Rahmen der bestehenden Kreditverträge gegenüber dem Verband außerordentlich zu tilgen.</p>	<p><i>Ehemals Abs. 2 Ziffer 5:</i></p> <p>Der Verband hat die Möglichkeit zur Finanzierung von Investitionsmaßnahmen Darlehen aufzunehmen. Die jährlich anfallenden Zins- und Tilgungsleistungen des Verbandes werden auf die Verbandsmitglieder, die Stadt Brackenheim-Stockheim und den Zweckverband Wirtschaftsförderung Zabergäu umgelegt.</p> <p>Abweichend vom Grundsatz der Gesamtdeckung werden die Darlehen durch Beschluß der Verbandsversammlung konkreten Maßnahmen zugeordnet. Die Verteilung der Zins- und Tilgungsleistungen erfolgt in dem Verhältnis, wie die Verbandsmitglieder, die Stadt Brackenheim-Stockheim und der Zweckverband Wirtschaftsförderung Zabergäu an den Investitionen (vgl. § 14 Abs. 2 Ziffer 1 - 4) beteiligt sind.</p> <p>Einnahmen, die sich den einzelnen Verbandsgemeinden, der Stadt Brackenheim-Stockheim und dem Zweckverband Wirtschaftsförderung Zabergäu direkt zuordnen lassen und zweckgebunden sind, werden vor Ermittlung des Verteilerschlüssels von den anteiligen Investitionskosten der jeweiligen Körperschaft abgesetzt.</p> <p>Die Verbandsmitglieder, die Stadt Brackenheim-Stockheim und der Zweckverband Wirtschaftsförderung Zaber haben das Recht, den auf sie entfallenden Anteil an den aufgenommenen Darlehen im Rahmen der bestehenden Kreditverträge gegenüber dem Verband außerordentlich zu tilgen. Die Schuldendienstumlage vermindert sich insoweit für diese Verbandsmitglieder.</p>
§ 14 Abs. 7	Sofern die erhobenen Netto-Abschreibungsumlagen die Tilgungsumlagen übersteigen, erfolgt eine Kapitalrückführung (Eigenkapitalrückführung) im Sinne des § 18 Absatz 4 des Gesetzes über Kommunale Zusammenarbeit (GKZ). Hierbei erfolgt die Erstattung in dem Verhältnis, in welchem das Eigenkapital von den Mitgliedskommunen aufgebracht wurde.	-

<p>§ 15 Abs. 1 Fälligkeit der Umlagen (früher: Kostenbeiträge)</p>	<p>Der Verband erhebt auf Grundlage der jeweiligen Haushaltsplanansätze Vorauszahlungen auf die Umlagen. Sie werden jeweils zu einem Drittel zum 15.02., 15.04. und 15.09. zur Zahlung fällig.</p>	<p>Der Verband erhebt auf der Grundlage der jeweiligen Haushaltsplanansätze Vorauszahlungen auf die Betriebskostenumlagen. Sie werden jeweils zu einem Drittel zum 25.03., 25.06. und 25.09. zur Zahlung fällig.</p>
<p>§ 15 Abs. 2 Fälligkeit der Umlagen (früher: Kostenbeiträge)</p>	<p>Die Umlagen werden nach Ende des Haushaltsjahres abgerechnet und mit dem Jahresabschluss endgültig festgesetzt. Schlusszahlungen auf die Umlagen sind innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Abrechnung durch die Verbandsverwaltung zur Zahlung fällig.</p>	<p>Schlusszahlungen auf die Umlage sind innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Abrechnung durch die Verbandsverwaltung zur Zahlung fällig</p>
<p>§ 18 Abs. 1 Haftung</p>	<p>Bei Betriebsstörungen oder Außerbetriebsetzung der Entwässerungsanlagen des Verbandes wegen Ausbesserungsarbeiten oder sonstigen Schäden, wie z.B. durch Rückstau infolge Naturereignisse (Starkregen, Hochwasser) oder durch Hemmungen im Wasserablauf, haben die Mitgliedsgemeinden keinen Anspruch auf Schadenersatz oder Ermäßigung des jährlichen Umlagebetrages (§ 13).</p>	<p>Bei Betriebsstörungen oder Außerbetriebsetzung der Entwässerungsanlagen des Verbandes wegen Ausbesserungsarbeiten oder sonstigen Schäden, wie z.B. durch Rückstau infolge Naturereignisse (Wolkenbrüche, Hochwasser) oder durch Hemmungen im Wasserablauf, haben die Mitgliedsgemeinden keinen Anspruch auf Schadenersatz oder Ermäßigung des jährlichen Umlagebetrages (§ 13).</p>
<p>§ 20 Satzungsänderung</p>	<p>Änderungen die sich auf den Bereich der Abwasserbeseitigung und Abwasserreinigung (§ 2 Abs. 2 Ziff. 2b) erstrecken, bedürfen außerdem der Zustimmung der Stadt Brackenheim, sowie des Zweckverbandes Wirtschaftsförderung Zabergäu, soweit sie sachlich oder rechtlich von dieser Änderung berührt wird.</p>	<p>Änderungen die sich auf den Bereich der Abwasserbeseitigung und Abwasserreinigung (§ 2 Abs. 3 Ziff. 2b) erstrecken, bedürfen außerdem der Zustimmung der Stadt Brackenheim, soweit sie sachlich oder rechtlich von dieser Änderung berührt wird.</p>

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat stimmt der Neufassung der Satzung des Gemeindeverwaltungsverbands Oberes Zabergäu entsprechend der Anlage 1 zu.